

Extrablatt

aus dem EU-Verbindungs- büro Brüssel

Inhalt

Konferenz des Netzwerkes der GVO-freien Regionen mit Kommissarin Mariann Fischer Boel.....	1
Länderbriefing Dienstleistungsrichtlinie im Salzburg Büro.....	2
Debatte Dienstleistungsrichtlinie im EP.....	2
Verkehrsrat am 21. April 2005.....	3
Konferenz der EU-Kommission zum Thema TEN-V Erweiterung: Ausbau der Transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr in den EU-Nachbarstaaten.....	3
59. Plenartagung des AdR.....	3
Fachkommissionssitzung für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa des AdR.....	4
EU-Verfassungsvertrag.....	4
EU-Erweiterung: Rumänien und Bulgarien.....	5
Finanzrahmen 2007-2013: Neue Vorschläge für Wachstum und Arbeitsplätze.....	5
Schlussanträge Rechtssache: C-437/03 Kommission gegen Österreich: „Dentisten“.....	6
7. Rahmenprogramm für Forschung.....	6
Brüsseler Wirtschaftsforum 2005.....	7
Europafest in Brüssel - Tag der Offenen Türen der EU-Institutionen.....	7
Informationsgespräch mit der Präsidentin des EWSA.....	7
Gesundheit und Verbraucherschutz: Neues Aktionsprogramm für 2007-2013.....	8
Neues Förderprogramm: „Bürger/innen für Europa“.....	8
Weltgesundheitsstag 7. April 2005.....	9
Besuch Dr. Monika Kalista, Kulturabteilung des Landes Salzburg.....	9
Besuchergruppe Bürgermeister St. Koloman.....	9
Besuch Salzburger Arbeiterkammer in Brüssel.....	9
Besuchergruppe Pädagogisches Institut Salzburg.....	9
10-jähriges Bestehen der Länderbüros Wien und Oberösterreich.....	10
Aktuelle Förderausschreibungen - Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen - Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU.....	10
Publikationen.....	12
Internes.....	13
Ausblick auf das nächste Extrablatt:.....	13

Konferenz des Netzwerkes der GVO- freien Regionen mit Kommissarin Mariann Fischer Boel

Am 7. April 2005 fand im Verbindungsbüro der Region Toskana in Brüssel ein Treffen der Vertreter des Netzwerkes der GVO-freien Regionen mit EU-Agrar-Kommissarin Mariann Fischer-Boel statt. In ihren Ausführungen unterstrich Fischer Boel, dass sie die Sorgen der traditionellen Landwirtschaft verstehe. Die Grundfrage sei, wie die Koexistenz von konventionellem, biologischem und dem Anbau von genetisch veränderten Saatgut gewährleistet werden könne. Nach Ansicht der Kommissarin müsse diese Frage auf nationaler bzw. regionaler Ebene geregelt werden, da es innerhalb der Mitgliedstaaten bzw. Regionen starke Unterschiede gebe - zum Beispiel seien die klimatischen Bedingungen in den einzelnen Anbaugebieten der Europäischen Union sehr verschieden - und technische Standards auf europäischer Ebene schwer zu definieren seien. Fischer Boel erörterte weiters, dass in Ausnahmefällen, in denen eine Koexistenz-Regelung unmöglich - zum Beispiel auf Grund der zu kleinen Felder - und dies mittels wissenschaftlicher Methoden nachweisbar sei, GVO-freie Gebiete zulässig seien. Landwirte hätten auch jederzeit die Möglichkeit, sich auf freiwilliger Basis zusammenzuschließen und den Verzicht auf Gentechnik zu vereinbaren, so die Kommissarin. Zur Haftungsfrage äußerte die Kommissarin, dass eine Haftung für

wirtschaftliche Schäden Teil des Zivilrechts sei und daher auf nationaler Ebene geregelt werden müsse. Die Kommission werde bis Jahresende die geltenden Bestimmungen zur Koexistenz in den EU-Mitgliedstaaten prüfen. Auf Grundlage dieser Informationen könne die Europäische Kommission einen Rechtsrahmen zur Koexistenz vorschlagen, an den die nationalen Gesetze angepasst würden, so Fischer Boel.

Näheres zur Konferenz der GVO-freien Regionen mit EU-Agrar-Kommissarin Fischer Boel können Sie im Verbindungsbüro Salzburg anfordern.

Weitere Informationen zum Thema GVO finden Sie in der Extrablattausgabe Nr. 7, April 2005

Länderbriefing Dienstleistungsrichtlinie im Salzburg Büro

2

Am 6. April 2005 veranstaltete das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur Europäischen Union ein Länderbriefing zum Thema Dienstleistungsrichtlinie mit zwei Vertretern aus der Generaldirektion Binnenmarkt der Europäischen Kommission, Barbara Van Liedekerke und Martin Frohn. Ziel der Veranstaltung war, die Anwesenden der österreichischen Länderbüros sowie die Repräsentanten der Wirtschafts- und Arbeiterkammer, des österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Städte- und Gemeindebundes über die neuen Entwicklungen im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie zu informieren und aufzuklären, mögliche Missverständnisse zu beseitigen, einen Ausblick auf das weitere Procedere zu verschaffen und den Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, Österreichbezogene Fragen zu stellen.

Martin Frohn gab mit Unterstützung von Barbara Van Liedekerke einen Überblick über die wesentlichen inhaltlichen Elemente des Vorschlags der Dienstleistungsrichtlinie. Martin Frohn unterstrich in seinen Ausführungen, dass das wesentliche Ziel des Richtlinienvorschlags die Schaffung eines Rechtsrahmens darstelle, durch den die Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungserbringern und für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten beseitigt werden können. Er legte dabei besonderes Augenmerk auf die Unterscheidung der zwei tra-

genden Pfeiler des Entwurfes, der Niederlassungsfreiheit (Artikel 43 EGV) und der Dienstleistungsfreiheit (Artikel 49 EGV). Letztere beinhaltet den stark umstrittenen Artikel 16, das so genannte Herkunftslandprinzip.

Anschließend erörterte Barbara Van Liedekerke den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Dienstleistungsrichtlinie. Sie erklärte, dass trotz heftiger Kritik die Kommission den Entwurf nicht zurückziehen werde, sie jedoch offen für Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit sei. Die Kommission wird daher die erste Lesung des Europäischen Parlaments abwarten, bevor sie einen geänderten Vorschlag gemäß Artikel 250 Abs. 2 EGV vorlegen wird.

Abschließend betonte Barbara Van Liedekerke, dass sie gerne für weitere Informationen zur Verfügung stehe und Änderungswünsche zum Kommissionsvorschlag bei ihr direkt eingebracht werden können.

Den Aktenvermerk zu diesem Länderbriefing können Sie bei uns unter der Geschäftszahl: B-XXII/26/2 anfordern

Weitere Informationen zum Thema finden Sie in den Extrablattausgaben Nr. 3, 5, 6 und 7

Debatte Dienstleistungsrichtlinie im EP

Am 19. April 2005 stellte die zuständige Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Evelyne Gebhardt (SPE/DE), ihren Teilbericht zur Änderung des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments (IMCO) vor. Mit ihrem Bericht, welcher insgesamt 17 Änderungsanträge beinhaltete, beabsichtigte Gebhardt den Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie einzuengen und das Herkunftslandprin-

zip durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung zu ersetzen. Die Berichterstatterin forderte, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und insbesondere den Gesundheitssektor, audiovisuelle Medien sowie Bildung und Kultur aus dem Anwendungsbereich auszunehmen.

Den Bericht zur Ausschuss-Sitzung können Sie bei uns unter der GZ: B-XXII/26/4 anfordern

Verkehrsministerrat am 21. April 2005

Nach drei vergeblichen Einigungsversuchen unter irischem und niederländischem Ratsvorsitz im vergangenen Kalenderjahr haben am 21. April 2005 die 25 Verkehrsminister der Europäischen Union im Rahmen des Verkehrsministerrats unter luxemburgischen Ratsvorsitz eine politische Einigung zur Wegekostenrichtlinie (EurovignettenRL) erreicht.

Im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens nach Artikel 251 EG-Vertrag wird der gemeinsame Standpunkt des Ra-

tes nun wieder an das Europäische Parlament übermittelt und von diesem in zweiter Lesung geprüft.

Nähere Informationen zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Ergebnisses der politischen Einigung des Rates sowie zum weiteren Procedere können Sie bei uns unter GZ: B-XVI/71/6 anfordern

Konferenz der EU-Kommission zum Thema TEN-V Erweiterung: Ausbau der Transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr in den EU-Nachbarstaaten

Am 5. April 2005 veranstaltete die Europäische Kommission, unter dem Vorsitz von Abteilungsleiter Edgar Thielmann, eine Konferenz zum Thema „Ausbau der Transeuropäischen Netze in den Nachbarländern der EU“. Ziel der Konferenz war, über den aktuellen Stand der Entwicklungen zu informieren und am Entscheidungsfindungsprozess mitzuwirken.

Im Oktober 2005 wird die High-Level Group II, bestehend aus Repräsentanten der EU-27 (inkl. Rumänien und Bulgarien), 25 Nachbarländern und internationalen Finanzinstitutionen, der Kommission einen Abschlussbericht vorlegen. In diesem soll der weitere Fahrplan für den Ausbau der Transeuropäischen Netze, d. h. die prioritären TEN-Projekte, Ziele, Finanzrahmen usw. dargelegt werden. Auf Basis dieses Berichts wird die Europäische Kommission eine Mit-

teilung veröffentlichen, welche die Grundlage für die Debatte mit dem Europäischen Parlament und Europäischen Rat bilden wird. Dies ist frühestens Ende des Jahres 2005 zu erwarten.

Das Protokoll zu dieser Konferenz kann im Verbindungsbüro unter: GZ: B-XVI/100/2 angefordert werden

Nähere Informationen zum Thema TEN-V Erweiterung finden Sie in der Extrablattausgabe Nr. 6 vom März 2005

Weitere Informationen zu den Transeuropäischen Verkehrsnetzen unter:

http://europa.eu.int/comm/ten/transport/index_en.htm

59. Plenartagung des AdR

Am 13. und 14. April 2005 hat in Brüssel die 59. Plenartagung des Ausschusses der Regionen stattgefunden. In seiner Eröffnungsrede appellierte der Präsident des AdR, Peter Straub, an die 317 Mitglieder des Ausschusses, sich stärker für die Information der Öffentlichkeit über den neuen Verfassungsvertrag der EU einzusetzen.

Als Gastrednerin der EU-Kommission war die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Danuta Hübner (PL) anwesend und berichtete über das Paket zur Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013. Sie sprach sich für eine einfache, moderne und effektive zukünftige europäische

Kohäsionspolitik mit ausreichenden finanziellen Mitteln aus. Für die Regionalpolitik sind etwa 336 Milliarden Euro vorgesehen. Als neues Element wurde ein Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation geschaffen, welches EU-Finanzmittel für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellen soll. Die EU-Kommissarin betonte, dass der Rat der EU spätestens im Juni 2005 eine politische Einigung über das zukünftige EU-Budget herbeiführen müsse, um so die Planung aller Politiken sicherstellen zu können und sämtliche regionalpolitischen Projekte mit 1. Jänner 2007 beginnen könnten. Derzeit bereitet die Kommission die Strategischen Leitlinien für die zukünftigen Ko-

häsionsprojekte vor, die aus den fünf Schwerpunkten Innovation, Transportnetzwerke, Humankapital, Umweltschutz und Verwaltungskapazität bestehen. Die Kommissarin will die Leitlinien dem Ausschuss der Regionen am 19. und 20. Mai 2005 beim Gipfel der Regionen und Städte in Breslau (PL) vorstellen und dann am 20. und 21. Mai 2005 den für Regionalpolitik zuständigen Ministern der 25 Mitgliedstaaten präsentieren.

Im Rahmen der 59. Plenartagung wurden auch zahlreiche Stellungnahmen erörtert. Die Stellungnahme zu den „Allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds“ wurde verabschiedet. Die 60. Ple-

nartagung des AdR wird am 6. und 7. Juli 2005 in Brüssel stattfinden.

Allgemeines zur 59. Plenartagung des AdR sowie die Tagesordnung finden Sie unter:

<http://www.cor.eu.int/de/activities/session.htm>
http://www.cor.eu.int/document/activities/cdr61-2005_oj_de.pdf

Informationen zur Konferenz in Breslau finden Sie auf der Webseite des AdR unter:

<http://www.cor.eu.int/de/index.htm>

4

Fachkommissionssitzung für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa des AdR

Am 22. April 2005 fand die 17. Sitzung der Fachkommission für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa (FK CONST) des Ausschusses der Regionen in Brüssel statt. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Franz Schausberger einen kurzen Bericht ab und informierte über neue Mitglieder der Kommission. Als neue Berichterstatter der Fachkommission wurden folgende Personen benannt:

- Claude DU GRANRUT: Vorschlag vom 6. April 2005 für einen Beschluss des EP und des Rates über das Programm „Bürger/innen für Europa“ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft KOM(2005) 116
- Michel DELEBARRE: Bericht der Kommission: „Bessere Rechtssetzung 2004“, KOM(2005) 175 vom 16. März 2005
- Nico SCHOOF: Haager Programm: Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU“ sowie zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das EP zum Rahmenprogramm „Grundrechte und Justiz“ 2007-2013, KOM(2005) 122 vom 6. April 2005 und „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ 2007-2013 KOM(2005) 124

Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa fand ein Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern statt.

Der Stellungnahmeentwurf von Luc Van den Brande zum Thema „Die Rolle der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen im demokratischen Leben der Union“ wurde von den Mitgliedern der Fachkommission angenommen. Auch die Stellungnahme von Frau Claude Du Granrut zum „Vierten Bericht über die Unionsbürgerschaft“ wurde nach einer langen Debatte mehrheitlich von den Mitgliedern der Fachkommission angenommen. Wegen der Abwesenheit des Berichterstatters José María Muñao Ganuza zum „Stand des Dezentralisierungsprozesses in der erweiterten EU und Bedeutung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung im Verfassungsvertrag“ präsentierte Jesús Gamallo Aller den Stellungnahmeentwurf.

Als Termin für die zweite AdR-Subsidiaritätskonferenz wurde der 29. November 2005 bestätigt. Die nächste Fachkommissionssitzung CONST wird am 14. Juni 2005 in Malta stattfinden.

Sämtliche Dokumente zur 17. FK CONST Sitzung können über die Datenbank TOAD abgerufen werden:

<http://www.toad.cor.eu.int/CORConvocation.aspx?body=const&date=22042005>

EU-Verfassungsvertrag

Am 6. April 2005 hat Italien den neuen EU-Verfassungsvertrag gebilligt. Der Senat nahm den Text mit der Mehrheit von 217 gegen 16 Stimmen an und bestätigte das Ergebnis der vorangegangenen Abstimmung im Abgeordneten-

haus. In Griechenland wurde der Vertrag am 19. April 2005 durch Parlamentsentscheid ratifiziert. Der deutsche Bundestag wird am 12. Mai 2005 über die Verfassung befinden und voraussichtlich mit großer Mehrheit dafür stim-

men. In Österreich wird ebenfalls im Mai 2005 über den Verfassungsvertrag im Nationalrat und Bundesrat abgestimmt werden.

Mehr Informationen zum aktuellen Ratifizierungsprozess des EU-Verfassungsvertrages finden Sie auf der eigenen Webseite des Europaportals:

http://europa.eu.int/constitution/ratification_en.htm

EU-Erweiterung: Rumänien und Bulgarien

Am 13. April 2005 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union gestimmt. Der Antrag von Bulgarien wurde mit 522 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen und 69 Stimmenthaltungen angenommen, der Antrag von Rumänien mit 497:93:71.

Das Europäische Parlament knüpfte seine Zustimmung an zwei Bedingungen. Das EP will in vollem Umfang in die Entscheidung über die eventuelle Anwendung der vereinbarten Schutzklauseln für den Beitritt beider Staaten einbezogen werden. Diese Vorgehensweise bedeutet, dass der Rat auf Vorschlag der Kommission den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens um ein Jahr verschieben kann, wenn die Bedingungen nicht erfüllt werden. Zweitens hat sich das EP die Teilnahme an den Beratungen über die Finanzierung dieser neuen Beitrittsrunde gesichert. In einer gemeinsamen Erklärung von Rat und Parlament wird vereinbart, dass die Ausgaben im Anhang der Beitrittsverträge nach 2009 als so genannte nichtobligatorische Ausgaben zu werten sind

und damit der Zustimmung des Europäischen Parlaments unterliegen.

In beiden zukünftigen EU-Ländern sind noch zahlreiche Reformen notwendig. Primär geht es um die Modernisierung des Justizwesens in Bulgarien und die Integration der Roma. In Rumänien soll die Reform der Staatsverwaltung und der Justiz umgesetzt werden sowie die bestehende Korruption und die Diskriminierung von Minderheiten beseitigt werden.

In Luxemburg sind am Montag, den 25. April 2005, im Rahmen des EU-Außenministerrats die Verträge für den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Jänner 2007 unterzeichnet worden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der EU-Kommission, GD Erweiterung:

http://europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html

Finanzrahmen 2007-2013: Neue Vorschläge für Wachstum und Arbeitsplätze

Die Europäische Kommission hat am 6. April 2005 das letzte Vorschlagspaket für den neuen Finanzrahmen 2007-2013 angenommen. In den Vorschlägen konkretisieren sich die Prioritäten der EU in den Bereichen wie Forschung, Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht sowie Gesundheits- und Verbraucherschutz und Fischerei.

Die Gesamtkosten dieses Pakets, die mit 93 Milliarden Euro veranschlagt werden, sind bereits im Vorschlag für einen neuen Finanzrahmen, den die Kommission am 10. Februar 2004 angenommen hat, enthalten. Es wird daher bei der gegenwärtigen Einnahmen-Obergrenze von 1,14% des BIP bleiben. Mit diesem Vorschlagspaket und den am 14. Juli und im September 2004 unterbreiteten Vorschlägen liegen dem Rat und dem Europäischen Parlament jetzt alle Vorschläge vor, um den nächsten Finanzrahmen verabschieden zu können.

Im Vorfeld des kommenden Europäischen Gipfeltreffens am 16. und 17. Juni 2005 in Brüssel werden die EU-Außenmi-

nister am 22. Mai und am 12. Juni vorbereitend zusammenkommen, um zu versuchen, letzte Streitpunkte auf dem Weg zu einer Einigung für die nächste finanzielle Vorausschau der Union auszuräumen.

Die erläuternde Pressemitteilung der EU-Kommission vom 6. April 2005 finden Sie unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/389&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die neuesten Entwicklungen im Bereich der Finanzperspektive der Union für 2007-2013 finden sich in englischer Sprache am Europaportal unter:

http://europa.eu.int/comm/financial_perspective/index_en.htm

Schlussanträge Rechtssache: C-437/03 Kommission gegen Österreich: „Dentisten“

Am 17. März 2005 hat Generalanwalt Tizzano in seinen Schlussanträgen in der Rechtssache C-437/03 (Klage vom 17. Oktober 2003 Kommission der EG gegen die Republik Österreich) zu den heimischen Vorschriften über die Ausübung zahnärztlicher Tätigkeiten Stellung genommen. Tizzano gelangte zum Ergebnis, dass die österreichische Regelung der Dentisten, Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sowie Zahnärzte gegen Gemeinschaftsrecht verstoße.

6

Vor dem EU-Beitritt konnte der Beruf des Zahnarztes in Österreich sowohl von Dentisten (dreijährige nicht-universitäre Ausbildung) als auch von Fachärzten für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (medizinische Universitätsausbildung, ergänzt durch zahnärztliche Fachausbildung) ausgeübt werden. Um den gemeinschaftsrechtlichen Richtlinien für Zahnärzte nachzukommen, wurde infolge des EU-Beitritts eine rechtliche Neuordnung dieses Gebietes vorgenommen. Insbesondere wurde der Beruf des Zahnarztes eingeführt, der den Abschluss einer Universitätsausbildung im Bereich Zahnmedizin voraussetzt.

Der Generalanwalt hält fest, dass Österreich gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen habe, indem den Dentisten ermöglicht wurde, weiterhin ihre Tätigkeit auszuüben.

Dentisten erfüllen nach Ansicht von Tizzano mangels universitärer zahnärztlicher Ausbildung und mangels Arztdiploms nicht die für Zahnärzte vorgesehenen Voraussetzungen. Die Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde können zwar grundsätzlich zahnärztliche Tätigkeiten ausüben, müssen dabei aber den gleichen Bedingungen wie Zahnärzte unterworfen werden. Nach Auffassung von Tizzano müssen alle österreichischen Berufsangehörigen, welche die Tätigkeiten eines Zahnarztes ausüben, dies unter der einheitlichen Bezeichnung „Zahnarzt“ tun.

Nunmehr bleibt abzuwarten, ob die Richter des Europäischen Gerichtshofes in ihrem Urteil dieser Rechtsauffassung folgen werden. Ein Termin für die Urteilsverkündung wurde noch nicht festgelegt. Laut Pressedienst des EuGH könnte ein Urteil noch vor der Sommerpause gesprochen werden.

Den Gesamttext der Schlussanträge finden Sie unter:

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Suchen&alldocs=alldocs&docj=docj&docop=docop&docor=docor&docjo=docjo&numaff=C-437%2F03&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100>

7. Rahmenprogramm für Forschung

Am 6. April 2005 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag zum 7. Forschungsrahmenprogramm verabschiedet, in welchem auch ihre Vorstellungen betreffend die Ausgestaltung der thematischen Bereiche des nächsten Forschungsrahmenprogramms zum Ausdruck kommen. Inhaltlich gibt es zwei wesentliche Neuerungen. Zur Informationstechnologie, Nachhaltigkeit, Luft- und Raumfahrt, Nanotechnologie, Genforschung und Biotechnologie kommen die Sicherheitsforschung sowie die Sozial- und Geisteswissenschaften hinzu. Außerdem sollen 15 % der für dieses Programm zur Verfügung stehenden Mittel in die Spitzenforschung investiert werden. Dadurch soll unter anderem der Wettbewerb zwischen Universitäten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung gefördert werden.

Die Verstärkung der europäischen Forschungsanstrengungen ist einer der Kernpunkte des „EU-Programms für Wachstum und Beschäftigung“. Zur Erreichung der darin

festgehaltenen Lissabon-Ziele sieht das 7. Rahmenprogramm eine Verdopplung der Forschungsausgaben für die Finanzperiode von 2007 bis 2013 auf 73,2 Milliarden Euro vor. Zudem sollen die Förderungen in Zukunft auch einfacher zu erhalten sein.

Am 18. April 2005 wurde dieser Vorschlag den ForschungsministerInnen der EU bei ihrem Treffen in Luxemburg vorgestellt. Bei planmäßiger Abwicklung des Procedere wird der Abschluss der Verhandlungen für das RP7 im Sommer 2006 unter der österreichischen Ratspräsidentschaft, der Abschluss der Verhandlungen über die Inhalte der thematischen Programme im Herbst 2006 unter der finnischen Ratspräsidentschaft erfolgen.

Weitere Informationen zum RP7 finden Sie unter:

<http://www.rp6.de/inhalte/rp7?printer=1>

Brüsseler Wirtschaftsforum 2005

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen veranstaltete am 21. und 22. April 2005 in der Europäischen Kommission das 6. Brüsseler Wirtschaftsforum. Ziel des Forums war es, die wirtschaftspolitische Diskussion auf europäischer Ebene zu vertiefen. Programmschwerpunkte in diesem Jahr waren die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU, sowie die Reformen, die nötig sind, um der Lissabon Strategie neue Impulse zu verleihen. Fokussiert wurde dabei besonders auf die neuen Wanderbewegungen von Arbeit und Kapital sowie auf das Thema Outsourcing. Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, stellte die Ziele der Europäischen

Nachbarschaftspolitik vor und diskutierte eine stärkere Integration der EU-Nachbarn Ukraine, Georgien und Marokko. Die Schlussworte des Brüsseler Wirtschaftsforums sprach EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Die Informationsmappe des 6. Brüsseler Wirtschaftsforums mit exaktem Programm in deutscher, englischer und französischer Sprache finden Sie unter folgendem Link:

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/events/2005/bxlforum0405/progr_en.pdf

Europafest in Brüssel - Tag der Offenen Türen der EU-Institutionen

Am 30. April 2005 wurde in Brüssel wieder ein Tag der offenen Türen zum Gedenken an die Schuman-Erklärung durchgeführt. Sämtliche EU-Organe beteiligten sich daran. In diesem Jahr wurde Interessierten zwischen 10:00 Uhr morgens und 18:00 Uhr abends die Gelegenheit geboten, das Ratsgebäude, das Europäische Parlament, das Hauptgebäude der Europäischen Kommission, das neu renovierte Berlaymontgebäude, sowie den Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zu besuchen und sich über Aufgaben und Tätigkeiten der Organe vor Ort zu informieren.

Im Rat der Europäischen Union wurde den Besuchern als Schwerpunktthema der Europäische Verfassungsvertrag

näher gebracht. Auch Gebäudeführungen in mehreren EU-Sprachen fanden statt. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft präsentierte in einem eigenen Informationspavillon im Ratsgebäude den Besuchern ihre bisherigen Verhandlungserfolge. Im Ausschuss der Regionen wurde eine Debatte zur EU-Verfassung mit hochrangigen Politikern abgehalten. Außerdem luden 26 Regionen Europas zu kulinarischen Spezialitäten, Volkstänzen und Musik ein. Zwischen den einzelnen Gebäuden der Gemeinschaftsorgane wurde ein kostenloser Shuttle-Dienst eingerichtet.

Nähere Informationen finden Sie am Europaportal unter:

http://europa.eu.int/openday/index_de.htm

Informationsgespräch mit der Präsidentin des EWSA

Am 20. April 2005 hat ein Informationsgespräch mit der Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Anne-Marie Sigmund, stattgefunden. Sämtliche österreichische Regionalbüros in Brüssel sind dieser Einladung nachgekommen. Die Präsidentin erörterte die aktuellen Aufgaben und Herausforderungen des EWSA und erbat sich eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den einzelnen Regionalbüros im Hinblick auf die nahende österreichische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006. Eine Möglichkeit wäre etwa, ein gemeinsames Projekt im Kulturbereich mit den Regionalbüros und dem EWSA durchzuführen. Derzeit ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in Österreich fast nicht bekannt, obwohl in etwa 70% der Legislativvorschläge der Europäischen Kommission der EWSA konsultiert werden muss. Die Arbeitsaufgaben des EWSA sollen nach den Worten der Präsi-

dentin in Zukunft besser öffentlich kommuniziert werden, wobei der EWSA als „Brücke zum Bürger“ fungieren soll. Man sei interessiert an einer Definition des Europäischen Gesellschaftsmodells sowie an einer Definition der europäischen Integration.

Die allgemeine Webseite des EWSA ist abzurufen unter:

http://www.esc.eu.int/pages/intro_de.htm

Eine sehr gute Übersicht über die Aufgaben, Tätigkeiten und aktuellen Themen des EWSA finden Sie unter folgendem Link:

http://www.esc.eu.int/documents/presentation/presentation_cese_2004_de.pdf

Gesundheit und Verbraucherschutz: Neues Aktionsprogramm für 2007-2013

Am 6. April 2005 hat die Europäische Kommission ein neues Aktionsprogramm der Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz (2007-2013) zur Verbesserung der Lebensqualität der europäischen Bürger angenommen. Die Kommission legte ihren Vorschlag im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 vor. Als Gesamtmittel sind 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Die Finanzmittel sollen für den Schutz der EU-Bürger vor Epidemien, der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich sowie der Stärkung des Verbraucherschutzes dienen.

8 Förderfähig sind Maßnahmen zur Stärkung der Überwachungs- und Frühwarnsysteme für übertragbare Krankheiten, die Finanzierung von Spitzenforschungszentren über grundlegende Gesundheitsfragen, Initiativen zur Zusammenarbeit der Verbraucherschutzbehörden der Mitglied-

staaten sowie Informationskampagnen zu grundlegenden gesundheitlichen Fragen über Verbraucherschutzrechte und Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen beim Aufenthalt in anderen Mitgliedstaaten.

Die Erläuterungen in englischer Sprache zum neuen Aktionsprogramm der EU-Kommission finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/pgm2007_2013_en.htm

Den Gesamttext des neuen Aktionsprogramms finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/Documents/com_2005_0115_de.pdf

Neues Förderprogramm: „Bürger/innen für Europa“

Die Europäische Kommission hat am 6. April 2005 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm „Bürger/innen für Europa“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft für den Zeitraum 2007-2013 angenommen. Das neue Programm wird das derzeitige, das im Jahr 2006 ausläuft, ablösen. Es ist ein Beitrag zur einer der größten Herausforderungen der Europäischen Union, nämlich die Kluft zwischen den Bürger/innen und den europäischen Institutionen zu überbrücken.

Die Intention des neuen Programms ist, die aktive Bürgerbeteiligung in Europa voranzutreiben. Es trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Teilnahme der einzelnen Bürger am Aufbau Europas zu intensivieren und fördert die Zusammenarbeit zwischen Bürger/innen und den Organisationen der verschiedenen Mitgliedstaaten.

Das Programm soll in drei unterschiedliche Aktionen geteilt werden, für welche ein gemeinsamer Finanzrahmen in der Höhe von insgesamt 235 Millionen Euro für die Jahre 2007-2013 zur Verfügung stehen soll (40% davon für „Aktion I“):

Aktion I „Aktive Bürger/innen für Europa“:

- Diese Aktion umfasst die Fortsetzung des Städtepartnerschaftsprogramms sowie ein neues Instrument für andere Projekte mit direkter Bürgerbeteiligung

Aktion II „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“:

- Diese Aktion zielt auf die Förderung von Think Tanks, Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden und Gewerkschaften ab, wenn diese als Multiplikator europäische Inhalte unter ihren Mitgliedern verbreiten

Aktion III „Gemeinsam für Europa“:

- Im Rahmen dieser Aktion werden Mittel für die Förderung von Großveranstaltungen (die von oder gemeinsam mit der Europäischen Kommission organisiert werden), Studien oder Informationskampagnen vergeben

Den Link zur Webseite des Programms finden sie unter:

http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/activecitizenship/new_programme_de.htm

Den Gesamttext des Gesetzesvorschlages der EU-Kommission KOM(2005)116 finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/activecitizenship/new_programme/new_programme06042005_de.pdf

Weltgesundheitstag 7. April 2005

Am 7. April 2005 veranstaltete die WHO (World Health Organisation) den jährlich abgehaltenen Weltgesundheitstag, der diesmal ganz im Zeichen der Gesundheit von Müttern und Kindern stand. Anlass war der gleichzeitig herausgegebene Weltgesundheitsbericht 2005, der alarmierende Zahlen beinhaltet, da weltweit jährlich 10,6 Millionen Kinder sterben bevor sie das sechste Lebensjahr erreicht haben und eine halbe Million Frauen die Geburt ihrer Kinder nicht überleben. Am schlimmsten betroffen sind die Staaten China, Kongo, Äthiopien, Indien, Nigeria und Pakistan.

Links zur WHO und zum Weltgesundheitstag:

<http://www.who.int/en/>

<http://www.who.int/world-health-day/2005/en/>

Kontaktadresse zum Weltgesundheitstag:

Whd2005@who.int

Besuch Dr. Monika Kalista, Kulturabteilung des Landes Salzburg

9

Am 4. und 5. April 2005 absolvierte die Leiterin der Kulturabteilung der Landesregierung Salzburg, Monika Kalista, einen Arbeitsbesuch in den Europäischen Institutionen. Im Rahmen ihres zweitägigen Brüssel-Besuches führte Monika Kalista unter anderem Gespräche mit Experten der eu-

ropäischen Kulturpolitik in der Europäischen Kommission, im Ausschuss der Regionen, in der Ständigen Vertretung Österreichs zur Europäischen Union sowie im Rat der Europäischen Union.

Besuchergruppe Bürgermeister St. Koloman

Die Gemeinde St. Koloman besuchte die Europahauptstadt vom 7. bis 9. April 2005. Neben Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Ständigen Vertretung

Österreichs sowie der Nato fand ein Vortrag mit anschließendem Gespräch über die Aufgaben und Tätigkeiten der regionalen Vertretung von Salzburg in Brüssel statt.

Besuch Salzburger Arbeiterkammer in Brüssel

Anlässlich der „Employmentweek“ besuchte die Arbeiterkammer Salzburg vom 12. bis 14. April 2005 Brüssel. Neben Terminen mit Kommissionsvertretern statteten Präsident Siegfried Pichler, Direktor Gerhard Schmidt, Vizepräsident

Walter Androschin und Vorstandsmitglied Landtagsabgeordnete Adelheid Hirschbichler auch dem Verbindungsbüro Salzburg einen Besuch ab.

Besuchergruppe Pädagogisches Institut Salzburg

Am 18. und 19. April 2005 absolvierte eine Gruppe von Lehrern des Pädagogischen Institut Salzburg einen zweitägige Exkursion zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel. Das vom Verbindungsbüro Salzburg organisierte Programm ermöglichte den Lehrerinnen und Lehrern neben Besuchen der wichtigsten europäischen Einrichtungen wie Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union auch einen Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten

einer regionalen Vertretung in Brüssel. In Vorträgen wurden unter anderem Fragen zur Rolle der Religion und Weltanschauung in der EU sowie zur Erweiterung der Europäischen Union beantwortet und aktuelle Themen wie die allgemeine und berufliche Bildungspolitik der EU und der Europäische Verfassungsvertrag referiert.

10-jähriges Bestehen der Länderbüros Wien und Oberösterreich

Am 13. April 2005 hat das Wien Haus gemeinsam mit den Vertretungen der Städte Helsinki und Stockholm sein 10-jähriges Bestehen in Brüssel gefeiert. Hohe Vertreter der drei Städte erörterten die ersten 10 Jahre innerhalb der Europäischen Union. Für die Stadt Wien sprach Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl über Erfolge, welche Wien aufgrund der EU-Mitgliedschaft Österreichs erreichen konnte.

Am 28. April 2005 hat Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer zu einem ganztägigen Fest anlässlich des 10-jährigen

Bestehens des Verbindungsbüros zur EU in Brüssel eingeladen. Am Nachmittag fand eine Bilanzpressekonferenz über 10 Jahre Oberösterreich in Brüssel mit zwei anschließenden Diskussionsrunden zum Thema Oberösterreich und die Lisabon Strategie sowie zum Thema Genetisch veränderte Organismen und Koexistenz im Land Oberösterreich statt. Anschließend wurde zu einem Festakt mit Festreden von Herrn Guy Vanhengel, Minister für Außenbeziehungen der Region Bruxelles-Hauptstadt, und Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, geladen.

10

Aktuelle Förderausschreibungen - Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen - Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU

Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums

Im Amtsblatt der Europäischen Union vom 15. April 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für indirekte Forschungs- und Technologie-Maßnahmen im spezifischen Programm „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“.

Das Programm mit einem Gesamtbudget von 5,5 Millionen Euro ist dem Themenbereich „Forschung und Innovation“ zugeordnet und richtet sich an Gruppen von mindestens sechs unabhängigen juristischen Personen aus vier verschiedenen Mitgliedstaaten.

Förderfähig sind Koordinationsmaßnahmen in folgenden drei Bereichen:

- Integration offener Standards in die Konstruktion neuer Produkte und Dienstleistungen
- Integration offener Standards in Geschäftspraktiken
- Anreiz für Innovation durch Bezug auf Standards bei der Beschaffung

Die Kommission stellt den Antragstellern für diese Aufforderung Leitfäden zur Verfügung, die Informationen zur Abfassung und Einreichung von Vorschlägen für indirekte FTE-Maßnahmen enthalten.

Die Kommission stellt auch Leitlinien für die Vorschlagsbewertungs- und -auswahlverfahren zur Verfügung.

Diese Leitfäden und Leitlinien sowie das Arbeitsprogramm und weitere Informationen zu der Aufforderung können bei folgender Adresse angefordert werden:

Europäische Kommission
The FP6 Information Desk
Generaldirektion RTD
B-1049 Brüssel
Webseite: www.cordis.lu/fp6

Die Frist für die Einreichung der Vorschläge endet am 19. Juli 2005. Eine vorläufige Bewertung wird den Antragstellern etwa vier Monate nach Ablauf der Frist mitgeteilt.

Eine ausführliche Fassung der Aufforderung finden Sie im Amtsblatt der Union unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/c_091/c_09120050415de00060009.pdf

Europäische Beschäftigungsstrategie

Die Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen im Bereich Beschäftigung veröffentlicht.

Förderfähig sind Projekte, die einen Beitrag zur Evaluierung der europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) leisten. Die Projekte sollen auf die Verbesserung einer längerfristigen Evaluierungskapazität abzielen.

Antragsberechtigt sind Behörden, sonstige öffentliche Stellen in EU- oder EWR/EFTA-Mitgliedstaaten, öffentliche

Stellen in Rumänien, Bulgarien und Türkei, wenn sie den Finanzbetrag für 2005 fristgerecht entrichtet haben, andere Nichtregierungsorganisationen, sofern sie auf internationaler, nationaler oder regionaler Ebene operieren und mit einer Behörde oder sonstigen öffentlichen Stelle tätig werden sowie Sozialpartner auf europäischer Ebene, sofern sie Rechtspersönlichkeit besitzen.

Die Mittelzuweisung beträgt 500.000 Euro, wobei 75% der förderfähigen Kosten von der Europäischen Kommission getragen werden.

Die Ausschreibungsfrist endet am 31. Mai 2005.

Ausführliche Informationen zur Ausschreibung sowie den Link zum Antragsformular finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/calls/2005/vp_2005_010/tender_de.htm

Media Plus

Am 31. März 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union eine Aufforderung betreffend die Durchführung des Programms zur Förderung von Entwicklung, Betrieb und Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich europäischer audiovisueller Werke.

Die Teilnahme steht sämtlichen unabhängigen europäischen Produktionsunternehmen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus den EWR-Mitgliedsländern (Norwegen, Island und Liechtenstein) offen, vorausgesetzt sie sind in folgenden Bereichen tätig:

- **Vertrieb:** neue Arten des Vertriebs und der Promotion von europäischen Inhalten mittels personalisierter Dienste
- **Vernetzte Datenbanken** zur Ausweitung und Verbesserung des Zugangs zu Archiven und Katalogen und ihrer Nutzung
- Bereits geförderte **Media-Plus-Pilotprojekte**

Für die Koordinierung dieser Aufforderung ist das Referat A: „Media-Programm und Medienkompetenzen“ der Generaldirektion „Informationsgesellschaft und Medien“ der Europäischen Kommission zuständig.

Leitlinien zur Einreichung von Anträgen können unter folgender Adresse angefordert werden:

Europäische Kommission
Herrn Costas Daskalakis (Referatsleiter)
GD INFSO A.2

B-1049 Brüssel
F: +32 2 299 92 14
E: infso-media@cec.eu.int

Die Mittelausstattung dieser Aufforderung beträgt 3,5 Millionen Euro. Anträge sind bis spätestens 24. Juni 2005 bei der Europäischen Kommission einzureichen.

Den Gesamttext der Ausschreibung finden Sie im Amtsblatt der Union unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/c_077/c_07720050331de00340035.pdf

Weitere Informationen zum Programm Media Plus finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/avpolicy/media/pilot_en.html

Verarbeitung der Archive

Das Europäische Parlament hat am 1. April 2005 eine Aufforderung zum Einreichen von Vorschlägen betreffend die Verarbeitung der Archive der europäischen Abgeordneten, die während ihrer Amtsausübung gebildet wurden und als Schenkung oder Legat zur Verfügung gestellt werden (2005-002) im Amtsblatt veröffentlicht.

Ziel der Aktion ist die Erleichterung der Verarbeitung des Archivbestandes und des kostenlosen Zugriffs auf das Archivgut. Gegenstand der Tätigkeiten sind die Erstellung eines Einstufungsplans, die Archivierung gemäß den Standards ISAD(G) und ISAAR(CPF) und die Digitalisierung und Mikroverfilmung der Dokumente.

Insgesamt stehen 250.000 Euro zur Verfügung, als Mindestbetrag wurde ein Zuschuss in der Höhe von 4.950 Euro festgelegt. Die Frist für die Einreichung des Antrags auf Auszahlung des Zuschussrestbetrages nach Beendigung des Projekts endet am 30. Juni 2006.

Die vollständige Bekanntmachung finden Sie im Amtsblatt unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/c_079/c_07920050401de00170028.pdf

bzw. auch auf der Webseite des Europäischen Parlaments inklusive dem Antragsformular:

http://www.europarl.eu.int/tenders/dg12005_002/2005-002_appel_form_de.doc

Publikationen

Eurostat Studie

zu regionalem BIP je Einwohner in der EU:

„London ist die reichste Region Europas, Salzburg liegt ganz klar über dem EU-Schnitt“. London ist auch nach der Erweiterung die reichste Region der Europäischen Union. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liegt in der britischen Hauptstadt bei 315 Prozent des Durchschnitts der EU-25 (= 100 %). Dahinter rangieren Brüssel und Luxemburg, wie eine aktuelle Aufstellung des EU-Statistikamts Eurostat ergibt. Wien ist mit einem BIP pro Kopf von 172,9 % auf dem sechsten Platz. Salzburg nimmt mit 133,6 % den fünfundzwanzigsten Platz ein.

12

Insgesamt wurde von 37 Regionen die 125 % - Grenze überschritten. Drei davon liegen in Österreich, neben Wien und Salzburg auch Vorarlberg mit einem Wert von 125,6 %. Salzburg liegt auch klar über dem österreichischen Durchschnitt von 120,8 %. Die geringste Kaufkraft in Österreich weisen Niederösterreich (97,3 %) und das Burgenland (81,5 %) auf.

Die Regionen mit sehr niedriger Kaufkraft liegen hauptsächlich in den zehn neuen Mitgliedstaaten. Die ärmsten EU-Regionen sind in Polen, der Slowakei, Ungarn sowie Lettland, wo das BIP pro Kopf zwischen 32 und 39 % des EU-Durchschnitts ausmacht. Das regionale Pro-Kopf-Einkommen spielt unter anderem bei der Zuteilung der Brüsseler Regionalförderungen eine entscheidende Rolle.

Bevölkerungsvorausschätzungen

bis zum Jahre 2050:

Am 8. April veröffentlichte Eurostat die neuesten Zahlen für die Bevölkerungsvorausschätzung in der Europäischen Union bis 2050. Bis zum Jahr 2025 soll ein Bevölkerungszuwachs von mehr als 13 Millionen Menschen erfolgen, damit würden insgesamt 470,1 Millionen Menschen auf dem Gebiet der EU leben. Die Nettozuwanderung wird aufgrund der höheren Sterberate ab 2025 abnehmen. Für 2050 prognostiziert Eurostat daher eine Bevölkerung von 449,8 Millionen Menschen.

Die Pressemitteilung vom 8. April 2005 kann unter folgendem Link abgerufen werden:

http://epp.eurostat.cec.eu.int/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2005/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2005_MONTH_04/3-08042005-DE-AP.PDF

Den Gesamttext finden Sie unter:

http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39139751&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&close=/Popula/proj/trend&language=de&product=EU_MASTER_population&root=EU_MASTER_population&scrollto=0

Internes

Die Leiterin des Verbindungsbüros, Michaela Petz, befindet sich vom 4. bis zum 11. Mai 2005 dienstlich in Salzburg und wird am 9. Mai 2005, dem Europatag, im Rahmen einer Fragestunde zu Europa im Europark für Fragen zu EU-Angelegenheiten zur Verfügung stehen.

Wir danken Doris Isabella Bachmann und Julia Bachleitner welche im Rahmen ihrer Tätigkeit als Volontärinnen im Verbindungsbüro im Monat April 2005 an der Gestaltung des Extrablattes tatkräftig mitgearbeitet haben.

Ausblick auf das nächste Extrablatt:

Konferenz Koexistenz GVO im Europäischen Parlament

Referendum zur EU-Verfassung in Frankreich

Gipfel der Regionen und Städte in Breslau

Europatag am 9. Mai 2005

Konferenz "European Innovation and E-business"

Plenartagung EP

Besuch Amtsleiter und Bürgermeister BH Salzburg Umgebung

13

Impressum:

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, E: bruessel@salzburg.gv.at
www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm

Redaktion & Bearbeitung:

© Mag. Michaela Petz, Dr. Joachim Fritz

Koordination:

Magali Vlayen

Redaktionsschluss: 29.04.2005